

Nötzen

Die Reichsopposition unter sich.

Die nationalsozialistische Presse ist in der Lage, Stellen aus einem vertraulichen Raum schreiben zu veröffentlichen, das der deutschnationale Parteiführer, General Hugenberg, an die Landesverbände seiner Partei gesandt hat. In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß im Herbst die Wahlzeit aller Ortsgruppen-, Kreis- und Landesverbandsführer abgelaufen sei. „Damit bietet sich die Gelegenheit, die Organisation an allen Stellen zu verstümmeln und zu verbessern, was dies notwendig ist. Das Ziel der finanziellen und propagandistischen Reorganisation der Partei ist bei weitem noch nicht erreicht. Wo es nicht gelungen ist, müssen jetzt die Folgerungen gezogen werden.“ — Hugenberg hat also vor, im Herbst eine Generaleinigung der Partei vorzunehmen. Der Rücktritt des sächsischen Landesverbandsvorsitzenden von Lüttichau darf ja als ein Vorspiel in dieser Richtung gelten.

Ebenso interessant ist stellvertretend die Kritik, die General Hugenberg in diesem Schreiben an den Nationalsozialisten übt: „Die damaligen Fehler und Unterlassungen (der NSDAP) sind anderen zugute gekommen, von denen man noch nicht weiß, ob sie in der Lage sein werden, die Befreiung Deutschlands vor der Versklavung und vom Sozialismus so durchzuführen, wie wir uns diese Befreiungspolitik vorgestellt haben.“ — Der nationalsozialistische „Kriegskampf“ (Nr. 108), dem wir diese Zitate entnehmen, nennt die Bewerfung Hugenbergs „überzeugend“ und zieht dann gleichfalls gegen den Bundesgenossen von der nationalen Opposition von Leber: „So will man also die entlaufenen Anhänger bei der Stange halten. Man verdächtigt den Nationalsozialismus, gewissermaßen den deutschnationalen Rahmen abgeschafft zu haben. Und dann die Bewerfung mit dem Sozialismus! Hier zeigt sich wieder einmal die Reaktion in Reinkultur!“ — Die Nationalsozialisten müssen ja auf Grund der langen Zusammenarbeit ihren Bundesgenossen Hugenberg genau kennen ...

Betruhrt Jugend.

Die ehemalige Offiziere und Nationalsozialisten haben eine Erklärung unterzeichnet, daß sie dem Beispiel des Reichswehrleutnants Scheringer folgen, und künftig die Politik der Kommunisten unterstützen wollen. Einer von den elf ist der Graf Stenbock-Fermor, der allerdings noch nicht zur KPD übergetreten ist, aber doch wie er angibt, mit dem Kommunismus sympathisiert. Graf Stenbock-Fermor stammt aus Tirol, er war baltischer Freiwilliger und ist seit elf Jahren in Deutschland in den verschiedensten Berufen, vom Kohlenschlepper bis zum Puppenspieler tätig gewesen. Seine Bücher dürfen in dieser Beziehung für seine Generation als typisch gelten.

Die Erklärung der elf ist ein neuer Bemerkenswürdigkeit, wie verwirrend der Nationalsozialismus und die mit ihm parallel laufende Radikalbewegung der Rechten auf leidenschaftlich national empfindende junge Menschen wirken können. Die innere Haltung, die diese jungen Menschen von einem Lager ins andere treibt, ist außerordentlich zu bedauern. Zweifellos handelt es sich hier ebenso wie im Falle Scheringers um ein sich wertvolle Kräfte, die richtig geleitet für die Gemeinschaft Gutes hätten leisten können. Der Nationalsozialismus hat auch in diesen Fällen seine Unfähigkeit zu wirklicher geistiger Führung bewiesen.

Brauns verzichtet auf seine Pension.

Der ehemalige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat auf den Appell hin, den die Reichsregierung an die Empänner hoher Pensionen gerichtet hat, auf seine Pension verzichtet. Der Verzicht eines Mannes, der nicht weniger als zehn Jahre seine Kräfte in den Dienst des Landes als Arbeitsminister gestellt hat, und zwar in einer Zeit, in der die deutsche Sozialpolitik erst im Aufbau begriffen war, wird sicher in den weitesten Kreisen gewürdigt werden. Er wäre wünschenswert, wenn alle Großpensionäre, die außer der Pension noch andere Einkünfte haben, dem Beispiel von Dr. Brauns folgen würden.

Es ist geradezu unglaublich, daß auch diese Gelegenheit benutzt wird, um einen Zentrumsmann in den Schmutz zu ziehen. Die rechtsstehenden „Bremer Nachrichten“ (Nr. 180) führen der Meldung von dem Verzicht Dr. Brauns die Bemerkung hinzu, daß der Verzicht verhältnismäßig spät erfolgt sei, und daß die Pension für Dr. Brauns höher gewesen sei, als die anderer Minister. In dieser Kritik möchten wir nur sagen, daß von den Ministern, Staatssekretären und hohen Offizieren des alten Regimes, die den Blättern vom Schlag der Bremer Nachrichten nahestehen dürfen, noch kein einziger auf seine Pension verzichtet hat, obwohl die Bezüge dieser Herren teilweise weit höher sind, als die bisherige Pension von Dr. Brauns.

* Reichstagspräsident Löbe beim österreichischen Kanzler. Der Präsident des Deutschen Reichstages, Löbe, der gelegentlich der Arbeiter-Olympiade in Wien weilte, besuchte am Dienstag das Parlament und stellte dann dem österreichischen Kanzler Dr. Scheuch einen Besuch ab.

Der Portier

Von
Odo Balch.

Nichts vermischt sich mehr als Altes und Neues. Die Unzeit läßt uns in die Arme des Alten fliehen, aber wir verweilen nicht lange und sie lädt uns wieder auf Erobierung. Was bleibt, ist das Menschliche: vom Erhabenen bis zum Lächerlichen!

Vor den Bildern der Straße schlängeln lebende Eiszwölfe, die sich um das Haus gruppieren, um in der Mitte einen Eingang freizulassen, vor dem ein Portier stand. Von drinnen her zogen magisch den Blick an: die Fresken eines Schlüters. Man vergaß für den Augenblick die Gegenwart mit ihrem nervenaufreibenden Metzgemarkt und flüchtete ins alte Berlin, das etwas spießbürglerisch, aber im ganzen zufrieden und brüderlich lebte.

Aber wer versteht die seltsamen Verbindungen, auf die unsere Gedanken sich einlassen. So glaubten sie nun am Türblatt dieses Cafés ihre Fortsetzung zu finden. Sie klammerten sich gleichsam an ihn, wie an einen Ruhepunkt in der Erinnerung und Flucht, und verliehen ihm alle Attribute eines tugigen und genügsamen Bürgers und vor allem aufrechten Demokraten. Denn ich sah plötzlich, wie er einen eintretenden Gast verbindlich grüßte, die Hand an den Schirm der Mütze legte und sich verbeugte, und zwar nicht nur so der Ordnung halber, sondern doch er vielmehr etwas Persönliches in den Gruß hineinlegte. Aha, dachte ich, er ist ein aufrechter Demokrat! Seine Menschenfreundlichkeit ist nicht nur Pflicht- und Ordnungsache, sie ist bei ihm vielmehr Überzeugung.

Zuviel kamen wieder Gäste; zwei Damen und ein Herr. Aber ich mußte staunen. Er grüßte ja, legte aber nicht die Hand an die Mütze, sondern begnügte sich nur mit einer Verbeugung. Ich sah mir jetzt die Gäste an: Damen wie Herr waren elegant gekleidet, aber bei genauem Hinsehen gewahrt man ein etwas zwielichtige Kleinigkeit über die Eleganz, wie sie den

Nochmals die 100-Mark-Verordnung

Zustimmung der sächsischen Bäder und Kurorte

Im Gegensatz zu den vielen Bedenken und Beschwerden gegen die Reiseverordnung ist die Freie Vereinigung sächsischer Bäder und Kurorte durch ihren Vorsitzenden, Oberregierungsrat Etienne, den Direktor des Staatsbads Elster, bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig geworden, sie möchten die Notverordnung auf jeden Fall in Kraft lassen. Nicht nur die große Notlage der Bäder und Kurorte des sächsischen Grenzgebietes, sondern auch die wirtschaftliche Lage Deutschlands liefern es schon mit Rücksicht auf die Valuta als notwendig erscheinende Auslandsreisen einzuschränken oder zu unterbinden. Der Ruf ans deutsche Nationalgefühl sei oft genug ungehört verhallt. Es geht nicht an, daß zu einer Zeit, in der die Regierung über Schulden nachdrücklich verhandelt, Deutsche in Scharen das Ausland aufsuchten, während der deutsche Fremdenverkehr empfindliche Lücken aufweise. Wenn auch an bedauert sei, daß durch die 100-Mark-Gebühr auch die Sudetendeutschen betroffen würden, sei doch zu bedenken, daß es sich hier um eine rein wirtschaftliche Frage handle, die Ausgaben der Deutschen in den böhmischen Bädern der tschechischen Volksrepublik angreifen könnten und in wirtschaftlicher Hinsicht eine Schildhalbsgemeinschaft mit den im tschechischen Staat wohnenden Sudetendeutschen nicht besteht.

Wir schließen uns dieser Meinung an, sind aber der Ansicht, daß die sächsischen Bäder auch ihrerseits durch eine entsprechende Preispolitik es den Kurgästen leichter

machen sollten, die sächsischen Bäder und Kurorte den böhmischen vorzuziehen.

Alle sächsischen Gebirgsvereine von der Gebühr befreit.

Wie bereits gemeldet, hat die Reichsregierung verfügt, daß eine Reihe bekannter touristischer Organisationen von der Verordnung über die Ausreisegebühr befreit werden. Auf Interrogationen des Vorstehenden des Gebirgsvereins für die Sächsische Schweiz, Reg.-Rat Prof. Dr. Lampe, ist nunmehr dieser Verein sowie der Landesverband der sächsischen Gebirgsvereine, dem außer dem Erzgebirgsverein auch der Verband Vogtländischer Gebirgsvereine, der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz und der Verband der Lausitzer Gebirgsvereine „Vulcania“ angehören, in die neuverliebte Verordnung der Reichsregierung einbezogen worden. Das Inneministerium hat noch am gleichen Tage die zuständigen Poststellen davon in Kenntnis gesetzt.

Auslandsfahrten der Staatslichen Kraftwagenverwaltung.

Die von der Staatslichen Kraftwagenverwaltung und ihren verschiedenen Betriebsleitungen und Betriebsstellen angekündigten Gesellschaftsfahrten und Sonderfahrten nach dem Ausland, insbesondere auch die Ferienreisen im Autobus 1931, werden nach wie vor ausgeführt. Nach der Durchführungsbestimmung zur Notverordnung über die Besteuerung der Auslandsreisen sind die Teilnehmer an den SKA-Fahrten von der Entrichtung der Gebühr von 100 Reichsmark für Auslandsreisen befreit, denn bei den Fahrten der SKA handelt es sich um Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die in Deutschland beginnen und enden, und bei denen sich der Einzelauflauf im Ausland außerhalb des benutzten Verkehrsmittels nicht über 12 Stunden erstreckt.

Rundgebung der christlichen Gewerkschaften

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beschloß in seiner Sitzung am 23. Juli in Berlin folgende Kundgebung:

Die Verhandlungen der Staatsmänner haben gezeigt, daß das deutsche Volk und seine Wirtschaft hauptsächlich auf sich selbst angewiesen sind. Wir kennen und müssen deshalb schließlich alle Mittel ergreifen, um mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kapitalien und Zahlungsmitteln auszukommen und die deutsche Wirtschaft und die staatliche Ordnung zu erhalten. Dazu ist notwendig, daß:

1. Die Bemühungen über das Reparationsjahr hinaus zu weiteren außenpolitischen Entlastungen zu kommen, energisch weitergeführt werden.

2. Die Reichsreform und die Verwaltungsreform nunmehr unverzüglich mit dem Ziel einer Vereinfachung und weitgehenden Verbilligung in Reich, Ländern, Gemeinden sowie sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und in der Sozialversicherung in Angriff genommen und durchgeführt werden.

3. Die Reichsregierung unnotwendig auf Grund der geschaffenen geistlichen Handhaben die gesicherten Kapitalien zur Rückkehr zwingt und daß die Möglichkeiten, die die Verordnung über die Kapital- und Steuerflucht bieten, voll ausgenutzt werden.

4. Die meist völlig unmotivierten Abhebungen bei den Geldinstituten aufhören und die abgehobenen Beträge schließlich wieder eingezahlt werden.

5. Das deutsche Bankwesen und gleichzeitig auch das Kastellweisen einer härteren Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden, und insbesondere die Leitung der Deutschen Reichsbank von ihren weitgehenden Machtausübung gegenüber den Banken den entschiedensten Gebrauch macht.

6. Alsbald die notwendige Reform des Aktientrechts vorzunehmen wird.

7. Die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Wirtschaftskörper gebildet und insbesondere die bestehenden Wirtschaftskammern paritätisch zusammengebracht werden.

8. Die dringendsten sozialen Bestimmungen der Notverordnung baldmöglichst geändert werden, und daß allen Sozialrechtsnormen Besteuerungen auch staatlicherseits entgegengestellt werden.

9. In dieser Notzeit alle geistlichen Handhaben benutzt werden, um die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, und daß gegen Heiter und Aufrührer, — gleichgültig wo sie stehen — auf Grund der Gesetze und Verordnungen schärfstens vorzugehen wird.

Diese erneut über das deutsche Volk hereingehockte Not wird und kann nur dann überwunden werden, wenn das Parteiengesetz zurückgestellt wird, und alle Stände und Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenstehen und gemeinsam Hand ans Werk legen.

Leipzig und Umgebung

Graf Zeppelin über Leipzig

Leipzig, 25. Juli. Man wußte genau, daß „Graf Zeppelin“ seinen Weg zum Nordpol über Leipzig nehmen müsse, bevor sich doch die Leipziger Carolus und Weidmann als Mitarbeiter an Bord. Das Luftschiff erschien kurz nach 14.30 Uhr über Leipzig, sog mehrere Schleifen über der Stadt und verschwand um 14.45 Uhr über dem Hauptbahnhofsgelände mit Kurs auf den Flughafen Leipzig-Modlau. — So ruhig und allen sichtbar ist das deutsche Luftschiff über den Häusern dahingegangen; die auf den Dächern ständen, hätten die Passagiere festgestellt, die Hände recken können — so sagten die Dächer. Eine Botschaft wurde abgeworfen: „Beim Antritt der Luftfahrt grüßen wir die Universität Leipzig, die wir hoch überfliegen.“ — Carolus, Ederner, Weidmann. Den Herren war dieser Flug besonderes Bedürfnis, denn sie hatten noch in Friedenszeiten folgendes Drahtzug aus Leipzig erhalten: „Die alten Männer wünschen würden ihren beiden mutvollen Söhnen und deren Begleitern glückliche Fahrt und Gottes Segen! Salve Provisor.“ — Bald war das Luftschiff den Blicken entzogen. Viele ehrliche Wünsche begleiteten es auf der großen, wohlvorbereiteten Fahrt.

Nachbewilligungen für den Fürsorge-Etat

Leipzig, 25. Juli. Der Rat der Stadt Leipzig hat in seiner Sitzung vom 24. Juli die Mehranlagen beim Konto Aufzüge wegen im Betrage von 4.754.550 Mark nachbewilligt mit der Maßgabe, daß hierauf 1.400.129 Mark durch Mehreinnahmen und 521.894 Mark durch Mehrausgaben gedeckt werden. Der verbleibende Mehrzuschuß beträgt in Höhe von 2.822.533 Mark. Ebenfalls nachbewilligt wurden die Mehranlagen bei Konto Jugendhilfe im Betrage von 617.016 Mark mit der Maßgabe, daß 200.222 Mark eingeholt werden. Der verbleibende Mehrzuschuß beträgt in Höhe von 306.824 Mark.

Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat Nachträge zur Gemeindeverordnung der Stadt Grimma erlassen, wonach die Stadt Grimma einen Zuschlag von 100 Prozent zur Grund- und Gewerbesteuer sowie einen 150 prozentigen Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben hat.

öffentliche Tagung über „Jugend, Erziehung und Politik“ abzuhalten. Die Eröffnungsrede hält der preußische Minister für Volksbildung, A. Grimm. Der erste Tag ist der Problematik der Politik, der zweite der „Jugend und Politik“ gewidmet. In einer Volksversammlung sollen Kinder der verschiedenen Jugendbünde über die politische Aufgabe der Jugend sprechen. Martin Sonnenborn wird die Problematik der Jugend und die nationale Erziehung. Oberstudienrat Dr. Bömbke „Internationale Gehaltung und praktische Erziehung“ behandeln.

Felix-Draeseke-Gesellschaft. In Dresden ist unter dem Vorstand von Prof. Dr. Stephan Marburg eine Felix-Draeseke-Gesellschaft gegründet worden. Sie soll das Werk des vor einer Reihe von Jahren verstorbene Musikers fördern und plant fürs nächste Jahr ein großes Fest, zu dem der Ritterliche Chor in Berlin bereits seine Mitwirkung zugesagt hat.

Humor

Gute Kücke. Pensionär: „In Ihren Anzeigen schreiben Sie immer von Ihrer „ausgezeichneten Kücke“, aber Ihr Ellen ist miserabel!“ — Pensionärin: „Ja, aber die Kücke sollten Sie sehen!“ — Pensionärin: „Ja, aber die Kücke sollten Sie sehen!“

Mitverständnis. Hähnchen: „Diesen Baum hat mein Großvater gepflanzt, als er sechs Jahre alt war.“ — Ärztchen: „Du läufst. Ein so kleiner Junge kann einen so großen Baum gar nicht pflanzen.“

Jedermann sein eigener Kammerjäger. In die Drogerie kommt ein Mann und verlangt ein Viertelpfund Moltenkugeln. Kurze Zeit darauf erscheint er noch einmal, um noch ein halbes Pfund dazu zu kaufen. Der Drogerist ist etwas erstaunt und fragt: „Wozu brauchen Sie denn nur so viel von dem Zeug?“ — Der Käufer niedergeschlagen: „Wissen Sie, ich kann die Viecher nicht treffen.“

Gelbe Raucherzähne

Nach langem Suchen endlich das Zähne für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blieben welche Zähne, trotzdem bleibend durch vieles Rauchen braun und unzählig wirken. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont.“ R. Hörl Berg, Gladbach (Rhine), 2. bis 5. Oktober der Bund entschuldeter Schulreformer eine